

ist, wer es leiten soll, denn das Projekt erfordert einen guten Wissenschaftler, der gleichzeitig ein energischer Administrator ist. Die verantwortlichen Stellen werden ihre Auswahl wohl überlegen müssen.

Es wird aber auf jeden Fall nötig sein, die Mitarbeiter an österreichischen Reaktoren in die englische Reaktorschule nach Harwell oder in die amerikanischen Reaktorschule zu entsenden, damit sie dort von den bereits gewonnenen Erfahrungen lernen und nicht die Fehler, die die anderen zu Beginn machten, wiederholen müssen. Erst auf Grund von Diskussionen in diesen Schulen mit den dortigen Fachleuten sollte dann erwogen werden, welche spezielle Art unter den verschiedenen Formen von Forschungsreaktoren in Österreich ertüchtelt werden soll. Es ist nur zu hoffen, daß bei diesen Reaktorschulen nicht dasselbe geschieht wie bei der Genfer Atomkonferenz, nämlich, daß man zumeist Angehörige der Ministerialbürokratie hinschickt. Bei der Genfer Atomtagung waren zwei oder drei von ihnen sogar nützlich und notwendig; in Harwell oder am Argonne National Laboratory in Chicago hätten sie nichts zu suchen.

Die österreichische Regierung steht dem Bau eines Forschungsreaktors positiv gegenüber; es ist nur zu hoffen, daß da nicht wieder ein Kompetenzstreit zwischen den einzelnen Ministerien entsteht, sondern daß eine gedeihliche Zusammenarbeit zustande kommt. Die Genfer Atomkonferenz wird hoffentlich den letzten Anstoß dazu geben, daß auch Österreich dieses wichtige Forschungswerkzeug des Atomzeitalters erhält.

Wenn der Bau gut geplant ist, wenn die richtigen Leute auf den richtigen Platz gestellt werden und wenn nicht geknauert wird, dann wird das österreichische Reaktorprojekt ebenso ein Erfolg werden wie die Genfer Atomkonferenz und sich innerhalb weniger Jahre durch die wertvollen Forschungsergebnisse, die damit gewonnen, und die Fachleute, die damit herangebildet werden könnten, weit bezahlt machen. Denn, wie gesagt, die Atomkraft und ihre Anlagen sind keine Phantasie mehr, sondern eine sehr reale Einrichtung der Gegenwart und eine Notwendigkeit der Zukunft. K. a.

### Ein neues „Komplott“ gegen Peron

Buenos Aires. Im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer angeblichen Verschwörung gegen den argentinischen Präsidenten Peron wurden neuerdings mehr als zweihundert Personen verhaftet.

Die Verschwörung soll nach Meldung von halbamtlicher Seite von nationalistischen, katholischen und kommunistischen Elementen unter Führung von Reserveoffizieren der Marine und des Heeres angezettelt worden sein. In einer Untersuchung der Behörden wurde festgestellt, daß bewaffnete Gruppen Unruhen hervorrufen sollten. Es war geplant, die Rundfunkstationen, die Verkehrszentralen sowie den Sitz des peronistischen Gewerkschaftsbundes und die Polizeikommissariate zu überfallen und in der entstehenden allgemeinen Verwirrung dann den Präsidenten Peron und den Heeresminister, General Lucero, sowie andere Militärs zu ermorden. (Lucero soll jetzt der „starke Mann“ hinter Peron sein.)

Ein führender Radikaler, Michel Torino und ein radikaler Abgeordneter sowie ein ehemaliger Funktionär des Außenministeriums, Amadeo, sind angeblich in die Verschwörung gegen Peron verwickelt. Auch Sozialisten sollen an dem Komplott beteiligt gewesen sein.

### Ein neuer Handstreich der irischen Nationalisten

Rhyl (Nordwales). Angehörige der verbotenen irischen Republikanischen Armee (IRA) unternahmen in der Nacht zum Montag einen neuen Handstreich auf das Waffenlager eines Artilleriekraftfahrzeugparks.

Eine Gruppe von maskierten und bewaffneten Männern überfüllte bei Dunkelheit einen Posten des Kraftfahrzeugparks südwestlich der Stadt Rhyl in Wales, fesselte ihn und versuchte, das Waffendepot aufzubrechen.

Doch gelang es dem Posten sehr schnell, sich von seinen Fesseln zu befreien und Alarm zu geben, worauf es im ganzen Lager lebendig wurde. In der allgemeinen Verwirrung konnten die Eindringlinge unerkannt entkommen. Die Polizei sperrte sofort alle Straßen in der Umgebung ab. Erst am Samstag war es einer Gruppe von Irländern gelungen, die zwanzigköpfige Wache der Militärkasernen Arbofield unweit von London zu überwallen und fast das ganze Waffendepot auszuräumen. Drei Verdächtige wurden seither verhaftet und sämtliche gestohlenen Waffen von der englischen Polizei in einem leerstehenden Geschäftslokal in London aufgefunden.

### San Marino bleibt kommunistisch

San Marino. Die Wahlen in der von italienischem Gebiet umgebenen Zwergrepublik San Marino, dem einzigen kommunistisch regierten Staat im Westen, haben den Kommunisten und ihren Verbündeten neuerlich die Mehrheit verschafft. Die Kommunisten und Nenni-Sozialisten erhielten zusammen 2068 Stimmen, die Christlich-Demokraten und Sozialdemokraten zusammen 2257 Stimmen.

## Ein amerikanisches Rätsel

Populärer Präsident — unpopuläre Partei

(Von unserem Korrespondenten)

O. L., New York, Anfang August

Politik steht in Amerika niemals still. Auch wenn in gewissen Augenblicken die tropische Sommerhitze die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen scheint, gibt es dennoch keine politische Ruhe. So mußte Präsident Eisenhower unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Genf die bisher peinlichste Krise in seinem Kabinett in Ordnung bringen: der Luftflottenminister mußte auf Drängen der Demokraten im Kongreß entlassen werden, weil es sich herausstellte, daß er seinen Ministerposten benützt hat, um einer privaten Firma, der er auch als Regierungsmitglied weiter angehört, Geschäfte zu verschaffen. Auch die Kämpfe um private oder öffentliche Elektrifizierungs- und Wasserbauten haben sich gerade in den letzten Wochen wieder verschärft.

Inzwischen ist der Kongreß (das Parlament) in die Ferien gegangen und seine Leistungen in der verflochtenen Session worden mit besonderem Eifer diskutiert. Es war bekanntlich ein Kongreß mit demokratischen Mehrheiten in beiden Häusern. Die erste seiner Sessoren wurde allgemein als eine große Probe auf die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen einem republikanischen Präsidenten und einem von der Oppositionspartei kontrollierten Kongreß angesehen. Vor den letzten Kongreßwahlen hatte Eisenhower vor diesem Gegensatz gewarnt. Die Demokraten hatten Eisenhowers Warnungen als absurd bezeichnet. Die Wähler haben für die Demokraten entschieden und — der Kongreß hat mit dem Präsidenten besser kooperiert, als vorher die republikanische Mehrheit mit Eisenhower zusammengearbeitet hatte. Viele Freunde Eisenhowers haben das Gefühl, daß erst seitdem, Eisenhowers Präsidentschaft ein „Gesicht“ bekommen habe.

Das gilt insbesondere von der Außenpolitik. Statistiken über die wichtigen Abstimmungen über außenpolitische Fragen zeigen, daß bei jeder entscheidenden Frage der Präsident viel mehr auf die Hilfe der Demokraten als der Republikaner rechnen konnte. Die Demokraten verteidigten sich als „Wähler“ bei dem Eisenhowers Populärität keineswegs angenommen hat, darauf, daß sie den Präsidenten unterstützt haben. Eisenhower selbst mußte allerdings den republikanischen Parteinteressen so weit Rechnung tragen, daß er seine Unzufriedenheit mit den Leistungen des demokratischen Kongresses in innenpolitischen Fragen aussprach.

Es ist wahr, daß mehrere der wichtigsten Vorschläge der Regierung Eisenhower unerledigt blieben. Das gilt vor allem von dem Programm für den dringend notwendigen Ausbau des überbelasteten amerikanischen Straßennetzes, von dem Schulbauprogramm und von dem von Freund und Feind als ungenügend bezeichneten Plan für eine Rückversicherung der privaten Krankenversicherungsunternehmen. Hier haben die Demokraten opponiert. Nicht gegen die Maßnahmen als solche; die Demokraten wollen den Straßenbau ebenso wie die Republikaner. Aber die Regierung hatte eine Finanzierungsmethode vorgeschlagen, die den Straßenbau zu einem sehr ergebnissen Geschäftszweig für die Banken gemacht hätte; sie hätten durch die Finanzierung des Straßenbaus mit Hilfe privater Bankanleihen in den nächsten Jahren kaum weniger als zehn Milliarden Dollar verdient. Das Schulbauprogramm scheiterte, weil es völlig ungenügend war.

Bei anderen Streitfragen waren die Demokraten in der Lage, ihre Vorschläge durchzusetzen, und Eisenhower gab nach. So ist bei der einzigen wichtigsten sozialpolitischen Frage, die in dieser Session behandelt wurde, bei der Erhöhung der Mindestlöhne, eine Steigerung von fünfundsiebzig Cent auf einen Dollar beschlossen worden — die Regierung hatte nur neunzig Cent vorgeschlagen —, was eine indirekte Erhöhung des allgemeinen Lohnniveaus in den Vereinigten Staaten bedeutet. Beim öffentlichen Wohnungsbau ist es den Demokraten gelungen, eine wesentlich größere Zahl von Wohnbauten mit öffentlichen Mitteln durchzusetzen, als Eisenhower vorgeschlagen hatte. Auch hier gab Eisenhower nach, aber die republikanischen Parteistrategen sind nicht sehr glücklich darüber, daß es den Demokraten gelungen ist, sich als Vertreter der Interessen der breiten Massen zu behaupten.

Es gibt einen besonderen Grund, warum die Unpopulärität der Republikaner — die trotz der Populärität ihres Präsidenten unverändert bleibt — und die Populärität der Demokratischen Partei — obwohl die Wähler ihr die Präsidentschaft verweigert haben — gegenwärtig soviel politische

Spekulationen hervorruft. Alle politischen Fachleute und alle Wahlstatistiker stimmen überein, daß die Republikaner wenig Aussichten haben, bei den kommenden Wahlen 1956, selbst wenn Eisenhower kandidieren und in diesem Falle die Präsidentschaft behalten sollte, die Mehrheit im Kongreß zurückzuerobern. Das gilt insbesondere vom Senat; die meisten der dreißigdemneiß Sitze, die im kommenden Jahre besetzt werden sollen, sind sichere demokratische und unsichere republikanische Mandate. Wenn also Eisenhower wirklich kandidieren sollte — kein anderer Republikaner hätte Aussicht, die Präsidentschaft zu gewinnen —, dann würde zum erstenmal in der Geschichte (denn bisher ist eine solche Situation immer nur nach Zwischenwahlen entstanden) ein Präsident mit einer ihm entgegengesetzten politischen Kongreßmehrheit gewählt werden.

Das ist gegenwärtig die große politische Sellsamkeit in den Vereinigten Staaten: daß Eisenhowers Populärität auch nicht durch Affären in seinem Kabinett wie die im Luftflottenministerium oder durch das Versagen bei der Erzeugung und Verteilung des Kinderlähmungsimpfstoffes zu erschüttern ist, während die Unpopulärität seiner Partei ein von allen Beobachtern zugegebenes, unveränderliches Merkmal der politischen Lage bleibt. Das ist ein Widerspruch — einer jener mehreren, die die amerikanische Politik und das amerikanische Leben der Welt als Rätsel aufgeben. Aber vielleicht ist der Widerspruch nicht so unerklärlich: die Amerikaner „like Ike“ (sie haben Ike gern), aber sie haben nicht gern, daß er und insbesondere seine Partei einen sozial-rückschrittlichen, von privaten Profitinteressen diktierten Weg gehen. Das ist die Lösung des Rätsels.

### Rußland hat immer noch mehr Truppen

Dulles über die Verminderung der Sowjetarmee

Washington. Der amerikanische Außenminister Dulles erklärte auf seiner Pressekonferenz, die Regierung der Vereinigten Staaten begrüße den Entschluß der Sowjetunion, den Effektzustand ihrer bewaffneten Macht um 640.000 Mann herabzusetzen.

Diese Verminderung scheint, darauf zurückzuführen zu sein, daß die Sowjet-

### Bürgermeister Jonas:

## Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses — eine sehr große Aufgabe

Zuerst ein Gesamtplan — Mindestens 600 Millionen Schilling Baukosten

Bürgermeister Jonas sprach im Radio über den beabsichtigten Neubau des Allgemeinen Krankenhauses. Er führte unter anderem aus: Im Jahre 1784 wurde das Allgemeine Krankenhaus eröffnet. Bei der Eröffnung umfaßte das Gebäude sieben Höfe mit 111 Krankenzimmern, in denen rund 200 Kranke untergebracht werden konnten. Dem Spital wurden auch zwei Lehrschulen für eine interne und eine chirurgische Abteilung angegliedert. Sie waren der Anfang der heutigen Universitätskliniken. Schon damals wurden Pläne für eine Vergrößerung und Erweiterung des Spitals gefaßt. Noch vor dem ersten Weltkrieg wurden in zwei Bauperioden die Gebäude für einige Kliniken errichtet. Allerdings dient die alte Lehrscheirrenanstalt, für deren Ersatz der Steinhof gebaut wurde, bis zum heutigen Tag noch als Psychiatrisch-Neurologische Universitätsklinik.

Die Bautätigkeit wurde durch den ersten Weltkrieg unterbrochen und seither nicht mehr fortgesetzt. Je mehr nach dem zweiten Weltkrieg der Wiederaufbau der kriegszerstörten Spitäler fortschritt, um so dringender wurde wieder der Ruf nach der Erbauung eines neuen Allgemeinen Krankenhauses.

### Wie groß ist die Aufgabe?

Wie groß ist nun die Aufgabe, die vor uns steht? Das Allgemeine Krankenhaus ist kein normales Spital. Jedes medizinische Spezialfach unterhält dort eine Klinik, die der medizinischen Forschung und dem Unterricht der jungen Ärzte dient. Die Kliniken sind in dieser Eigenschaft Unterrichtsanstalten der Universität. Deshalb ist an dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses nicht nur die Gemeinde Wien als Eigentümerin und Spitalverwalter interessiert, sondern auch der Bund, der die Kliniken als Forschungs- und Lehrstätten braucht.

Bis jetzt hat sich der Bund bereit erklärt, 56 Prozent der Kosten für den Neubau der zweiten chirurgischen Universitätsklinik zu übernehmen, die als erster Teil entstehen soll.

## Das Glück freier Arbeit und die Segnung des Friedens

Die Wünsche des Bundespräsidenten an das jubelnde Heidenreichstein

Bundespräsident Körner besuchte Sonntag die Waldviertler Industriestadt Heidenreichstein, die das Fest ihres siebenhundertfünfzigjährigen Bestandes feiert. Der Bundespräsident wurde von Bürgermeister Pfleger begrüßt und in die Wasserburg geleitet, wo der Gemeinderat eine Festzettel abhielt.

Bundespräsident Körner sagte in einer Ansprache, daß das Jahr 1205, in das die gegenwärtigen Festtage in Heidenreichstein erinnern, zum erstenmal Kunde gibt von der Entstehung der Burg Heidenreichstein. In ihrem Schutz ist aus der damals schon vorhandenen Siedlung allmählich der Ort, der Markt und schließlich die Stadt entstanden und gewachsen. Die Burg schirmte den Fleiß des Bürgers und gab ihm Zuflucht in den Tagen schlimmer Kriege.

Nun haben sich die Zeiten geändert, sagte der Bundespräsident. Die Stadt, die aufstrebende Industriestadt, bedarf des Schutzes nicht mehr, den ihr die Burg auch längst nicht mehr geben könnte. Jetzt ist es die Stadt, die ihr altes Wahrzeichen schützt und behütet, und die stolz darauf ist, daß es so wohlbehalten in die moderne Zeit hübergerettet werden konnte.

Ich überbringe der alten, schönen Stadt Heidenreichstein die Grüße Österreichs, schloß der Bundespräsident, und wünsche ihr für alle ferneren Zeiten das Glück freier Arbeit, die Segnung des Friedens und den Erfolg einträchtigen Zusammenwirkens.

Nachmittags fand in Heidenreichstein ein Festzug statt, abends wurde im Hof der Wasserburg ein Ländenspiel aufgeführt. Auf dem Hauptplatz wurde eine am mittelalterlichen Prager wiederaufgestellte Roland-Figur enthüllt.

union die friedlichen Absichten der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten auskernen.

Der Außenminister fügte hinzu, die aktiven Truppen der Sowjetunion würden trotzdem nach dieser Demobilisierung zweifellos noch wesentlich stärker sein als jene der Vereinigten Staaten. Die Unsicherheit, die nach wie vor über die wirkliche Tragweite der Herabsetzung des Effektzustandes der Sowjetarmee besteht, beweist wohl, daß die Veröffentlichung vollständiger und genauer Angaben über die Truppenstärke und eine wirksame Kontrolle derselben für die Lösung des Problems der Rüstungsbeschränkung unerlässlich sind.

Über die chinesisch-amerikanischen Besprechungen in Genf sagte Dulles, daß diese keine fühlbaren Fortschritte gemacht hätten. Die Vereinigten Staaten würden jedoch die Köpfe nicht festsetzen, solange nicht irgendeine Aussicht besteht, die Heranzüchtung der gewöhnlich in China zurückgehaltenen amerikanischen Zivilisten zu erwirken.

Über die chinesisch-amerikanischen Besprechungen in Genf sagte Dulles, daß diese keine fühlbaren Fortschritte gemacht hätten. Die Vereinigten Staaten würden jedoch die Köpfe nicht festsetzen, solange nicht irgendeine Aussicht besteht, die Heranzüchtung der gewöhnlich in China zurückgehaltenen amerikanischen Zivilisten zu erwirken.

ling pro Bett. Bei den Universitätskliniken müssen außerdem die Hörsäle und andere Unterrichtsräume errichtet werden. Daraus ersieht man,

daß es sich bei dem Gesamtprojekt eines neuen Allgemeinen Krankenhauses mit ungefähr 1500 Betten um riesige Beträge handelt, die nach dem heutigen Baustandindex auf 600 Millionen Schilling zu schätzen sind.

### Eine umfassende Vorbereitung

Die Fragen, die sich in baulicher Hinsicht ergeben, sind bis heute nicht vollkommen geklärt. Es steht wohl mit ziemlicher Sicherheit fest, daß die zweite chirurgische Klinik auf dem Gelände der sogenannten neuen Kliniken errichtet wird. Die ersten Besprechungen zwischen den beteiligten Stellen haben die Forderung gebracht, daß man zuerst einen Gesamtplan für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses ausarbeiten muß, bevor man mit dem Bau der zweiten chirurgischen Klinik als erstem Bauabschnitt beginnen kann. Über den Gesamtplan sind sich aber bisher weder die medizinischen Sachverständigen noch die Städteplaner einig.

Wenn das neue Allgemeine Krankenhaus für möglichst lange Zeit den Bedürfnissen der medizinischen Forschung und des medizinischen Unterrichts entsprechen soll, dann kann es nur unter weitgehender Mitwirkung des medizinischen Kollegiums errichtet und eingerichtet werden. Die medizinische Wissenschaft hat in den letzten Jahrzehnten ungeheure Fortschritte gemacht. Es muß deshalb für Hilfseinrichtungen wie Labors, Röntgenstationen, Blutbanken und Behandlungsräume, richtig vorgesorgt werden. „Es wird sich auch als notwendig erweisen, die Ausgestaltung und den Umfang der Ambulanzen den Bedürfnissen der Großstadt anzupassen, da die Zahl der Verkehrs- und Betriebsunfälle ständig ansteigt. Wenn man sich dann über den Ort, über den Umfang und über die Bauform klar geworden ist, müssen durch einen Wettbewerb die erfahrensten Architekten aufgerufen werden, die Pläne für die Neubauten zu entwerfen. Nach internationalen Erfahrungen sind für die Vorbereitungs- und Planungsarbeiten ungefähr zwei Jahre notwendig. Wenn man dann die Bauzeit für die zweite chirurgische Klinik mit zwei Jahren Dauer annimmt, dann können wir uns ungefähr für das Jahr 1959 die Eröffnung der zweiten chirurgischen Klinik erhoffen.“